



PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 344), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE POSTMASTER GENERAL A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

Sekretär Wilson legt sich ins Mittel

Grubenbesitzer wollen den Lohn 20 Prozent erhöhen, Grubenleute verlangen 40; Sekr. Wilson schlägt 31 Prozent vor.

Konsumenten auf jeden Fall der Leidende Teil.

Washington, 22. Nov.—Arbeitsrat Wilson wird die Initiative zur Beendigung des Kohlenstreiks ergreifen müssen, nachdem sowohl Grubenbesitzer als Arbeiter die von der Gegenpartei gemachten Vorschläge zurückgewiesen haben. Beide Seiten haben ihn um Vermittlung gebeten, nachdem das Angebot der Grubenbesitzer auf eine Lohnerhöhung von 20 Prozent von den Arbeitern, und die Forderung der letzteren auf eine Zulage von 40 Prozent von den Grubenbesitzern abgelehnt war. Gerüchtweise verlautet, daß Wilson eine Zwischenlösung mit einer Zulage von 31 Prozent vorschlagen hat.

Nach Vertagung der Sitzung erklärte der Vorsitzende der Grubenbesitzer, daß sie ihren Vorschlag zurückzuziehen und keine weiteren Angebote zu machen beabsichtigen. Der Präsident des Verbandes der Bergleute, Lewis, sagte, die Forderung auf eine Zulage von 40 Prozent für alle Grubenbesitzer gründe sich auf den Unterschied zwischen den bisher erhaltenen Lohnhöhen und der Verteuerung aller Lebensbedürfnisse seit 1914.

Wilson beruft sich bei seinem Vermittlungsversuch auf 31 Prozent Zulage ebenfalls auf statistische Ermittlungen über den Unterschied zwischen der erfolgten Erhöhung des Arbeitslohnes und der Steigerung aller Lebensbedürfnisse.

Nach dem erfolglosen Verlauf der gestrigen Konferenz schlugen die Grubenbesitzer die Errichtung eines Arbitrationsschieds von neun Mitgliedern vor, von denen die beiden streikenden Parteien je vier, und entweder diese fünf, oder der Präsident den neunten wählen sollen, oder von denen die streikenden Parteien je drei und der Präsident die übrigen drei ernennen würden. Dies wurde von den Bergleuten abgelehnt.

Die Grubenbesitzer haben definitiv erklärt, daß sie keine weiteren Zugeständnisse machen werden, wenn nicht von der Regierung zu solchen Zugeständnissen würden.

Die Grubenbesitzer haben eine Erhöhung von 20 Prozent eine Steigerung der Kohle von 35

Srohe Botschaft zu Weihnachten!

Paketen sendungen nach Deutschland werden von jetzt an wieder wie früher auf dem Postamt entgegen genommen. Die Bedingung, daß Liebesgabenpakete bis zu elf Pfund, enthaltend Lebensmittel oder persönliche Bedarfsartikel, eine Import-Eigens bedürfen, wurde von der deutschen Regierung zurückgezogen.

Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade und andere Genussmittel, welche früher besonderen Beschränkungen unterworfen waren, können jetzt gleichfalls in beliebigen Mengen versandt werden, vorausgesetzt das Gesamtgewicht der einzelnen Pakete übersteigt nicht die elf Pfund Höchstgrenze.

Somit können also die Pakete wieder Kleidungsstücke, Schuhe, Seife, Fett, Margarine, Speck, Wurst, Mäherwaren, Zunder, Reis, Hülsenfrüchte, alle Arten Mehl, auch Weizenmehl, usw., nur nicht verderbliche Nahrungsmittel enthalten, wie das früher gestattet war. Auch ist die Beschränkung des Gewichts, daß von gewissen Sachen nur zwei oder fünf Pfund in den Paketen sein dürfen, ist aufgehoben.

Um möglichst Zollfreiheit zu erlangen, sollten alle Pakete die Bezeichnung: „Liebesgaben, für den eigenen Gebrauch des Empfängers“ tragen.

Damit hat die Postämter endlich ein Ende. Die Versendung von Paketen nach Deutschland kann jetzt ungehindert erfolgen, was dem Wunsch zahlreicher Deutsch-Amerikaner entspricht, die wiederholt ihre Mißbilligung über die hinderlichen Maßnahmen beim Versand von Liebesgaben zum Ausdruck gebracht haben. Von deutscher Seite ist verständlich eine bessere Verpackung der Pakete gewünscht worden. Papier und ein dünner Verbinder leisten keine Gewähr für unbeschädigte Ablieferung.

Dem Versand von Weihnachtspaketen an die Lieben daheim wird also kein Hindernis mehr in den Weg gelegt. Die frohe Botschaft dürfte wohl in den weitesten Kreisen die herzlichste Freude erwecken.

Friedenserklärung des Senators Lodge

Derselben gemäß soll der Kongress sofort nach Wiederzusammentritt den Krieg mit Deutschland für beendet erklären.

Das Volk dürfte aber das letzte Wort sprechen.

Washington, 22. Nov.—Sollte der Präsident, so heißt es, es versäumen, den Vertrag sofort beim Zusammentritt des Kongresses von neuem einzunehmen, so werden die republikanischen Führer ohne Verzug den von Senator Lodge nach Ablehnung des Vertrags beantragten Beschluß aufnehmen, wonach der Kongress den Krieg mit Deutschland für beendet erklärt. Dieser Beschluß bedarf der Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Die demokratischen Führer behaupten nun, daß ein solcher Beschluß, um wirksam zu werden, der Zustimmung des Präsidenten bedürfte, während die republikanischen Führer eine solche Zustimmung seitens des Präsidenten nicht für notwendig erachten. Der von Senator Lodge gestellte Antrag der Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland lautet:

„Da, laut Beschluß des Kongresses, angenommen am 6. April 1917, und auf Grund von Handlungen der damaligen deutschen Regierung der Kriegszustand zwischen jener Regierung und den Ver. Staaten erklärt wurde, und da die belagerten Handlungen der deutschen Regierung längst aufgehört haben, und da durch den am 11. November 1918 unterzeichneten Waffenstillstand die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten und den verbündeten Mächten zum Abschluß kamen, und

„Da laut der Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles Deutschland in Frieden mit allen es betriegenden Völkern sein soll, sobald drei darin bezeichnete Regierungen jenen Vertrag bekräftigt haben, sei es daher

„Beschlissen vom Senat, unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses, daß der erwähnte Kriegszustand zwischen Deutschland und den Ver. Staaten hiermit für beendet erklärt wird.“

Kein Kompromiß in Aussicht. Alle Aussichten auf einen Kompromiß über die Ratifikation des Friedensvertrags sind erloschen.

Schluss-Verhandlung über Prohibition

Oberbundesgericht wird am 8. Dezember Entscheidung fällen.

Washington, 22. Nov.—Die Verhandlungen über die Verfassungsgemäßheit der Kriegsprohibition und des Vollständigen Ausführungs-Gesetzes wurde gestern vor dem Oberbundesgericht zu Ende geführt. Es liegen keine Anzeichen vor, die den Zeitpunkt der Entscheidung des Gerichts andeuten, doch glauben einige Kreise, daß bei der Wichtigkeit der Frage dieselbe schon am 8. Dezember, an welchem Tage der Gerichtshof aus seinem Ferien zurückkehrt, entschieden werden wird. Gehn. Anwalt, als Vertreter der Kläger, bezeichnete beide Gesetze als eine Verletzung der Bundesverfassung und einen Verstoß gegen den Kongress. Er teilte dem Gerichtshof mit, daß die Brauer unter dem Verbotlichen Nahrungsmittelgesetz Bier im Werte von \$1,000,000 hergestellt hätten, das ihnen jetzt zu verkaufen verboten wäre. Der Kongress habe nicht das Recht, den Einzelstaaten Rechte zu nehmen, die ihnen das 10. Amendement zur Verfassung gewährt habe. Der Kongress habe den Brauereien und Brennern mitten unter den großen Gefahren des Krieges eine Ruhezeit zur Abwicklung ihrer Geschäfte gegeben und könne ihnen dies nicht nach wiedererlangtem Frieden nehmen, um die Prohibitionisten durch Einführung der Prohibition wenige Monate bevor dem Eintritt der verfassungsmäßigen Prohibition zu erfreuen. Er schloß mit den Worten: „Gott gebe, daß die Verfassung wirksam bleibe, um diejenigen beherrschenden Ausschreitungen einzudämmen, die, falls sie nicht von den Gerichten des Landes bestraft werden, die Freiheit des Landes ebenso sicher zerstören werden, wie die deutsche Autokratie es getan hat.“

Hilfsfonds hat jetzt \$25,000 erreicht!

Von Nebraska City haben die Frauen Taffler und Perbit wieder ansehnlichen Beitrag gesandt.

Der Hilfsfonds für Mitteleuropa hat heute die Summe von \$25,000 erreicht, was jeden Wohltäter mit Freude erfüllen wird. Das Werk der Nächstenliebe hat zwar langsame, aber stetige Fortschritte gemacht. Die Gründer des edlen Werkes und seine Förderer werden den heutigen Finanzbericht sicher mit dem Bewußtsein der Genugtuung, aber auch mit dem festen Entschluß lesen, mit aller Kraft an seinem Ausbau weiter zu wirken, denn mit jedem Beitrage der von draußen eintrifft, wird der Not in größeren Farben gezeichnet. Dem Winter, der dieses Jahr drängen früh eingestrichelt hat, wird überall mit größter Vorsicht entgegenzugehen, da es nicht nur an Nahrung, sondern auch an Kleidung fehlt. Wir müssen trachten, da mit helfend eingreifen und hoffen zuversichtlich, daß die Summe bald auf \$50,000 gebracht werden kann, so

(Fortsetzung auf Seite 3.)

Handelsbericht zeigt stetige Entwicklung

Ein- und Ausfuhr hat in diesem Jahre bedeutend gegen Vorjahr zugenommen.

Washington, 22. Nov.—Die Ausfuhr während des Oktobers belief sich auf \$632,000,000; dies bedeutet eine Zunahme von \$35,000,000 über September 1917 und \$130,000,000 über Oktober 1918. Die Einfuhr betrug \$416,000,000, ein Rückgang von \$20,000,000 gegen September 1917 und eine Zunahme von \$169,000,000 gegen Oktober 1918.

Die Ausfuhr für die ersten zehn Monate des Jahres 1919 betrug \$6,504,000,000, eine Zunahme von \$1,440,000,000 gegen den gleichen Zeitraum im Jahre 1918. Für die ersten zehn Monate dieses Jahres betrug die Einfuhr \$3,130,000,000, eine Zunahme von \$543,000,000 gegen 1918.

Düsteres Bild von der Zukunft Italiens

Sozialistenmärchen und jugoslawische Verwicklungen geben zur Verjüngung Anlaß.

Rom, 22. Nov.—Die italienische Regierung sieht sich sowohl von innen als von außen in einer äußerst düsteren Lage. Die sozialistischen Märchen und jugoslawischen Verwicklungen geben zur Verjüngung Anlaß.

Rom, 22. Nov.—Die italienische Regierung sieht sich sowohl von innen als von außen in einer äußerst düsteren Lage. Die sozialistischen Märchen und jugoslawischen Verwicklungen geben zur Verjüngung Anlaß.

Offizieller Friede am 1. Dezember

Handlungsweise des amerikanischen Bundesrats kommt nicht in Betracht.

Paris, 22. Nov.—Der Oberste Rat der Friedenskonferenz hat beschlossen, am 1. Dezember offiziell den zwischen Deutschland und den Alliierten zu erklären.

Radikale planen Beamten-Morde

New York, 22. Nov.—Man ist hier einem anarchistischen Komplott zur Ermordung der Bundes- und Staatsbeamten auf der Spur, die sich bei der Verfolgung der F. B. I. und Volkswirtschaften besonders verdient gemacht haben. Die Radikalen sollen ein Komitee zum Entwerfen von Plänen für die Befreiung ihrer Begne: ernannt haben, welchem, falls man sich für Bomben entscheiden werde, ein chemischer Sachverständiger zur Verfügung gestellt werden sollte. Dies Komitee bestand aus drei F. B. I. und zwei Russen. Die Russ-Kommission untersucht augenblicklich das Verbrechen über das Vorhandensein eines Revolutionsfonds von \$68,000 zur Anschaffung von Waffen und Munition.

Angestellte erhalten Bonus

Chicago, 22. Nov.—Die F. B. I. Geodrich Rubber Company hat ihre Angestellten in Kenntnis gesetzt, daß sie ihnen am 1. Dezember einen Bonus von 25 Prozent zukommen lassen wird. Die Central Trust Company von Illinois wird ihren Angestellten einen Bonus von 15 Prozent zuteil werden lassen.

Kongress gegen Lebensmittel-Export

Washington, 22. Nov.—Beamtenkreise sehen den von Mond gemachten Vorschlag, weitere Nahrungsmittel nach Mittel-Europa auszuführen, mit saueren Augen an.

Abonnieren auf die Tägliche Tribune

Polen erhält Mandat über Galizien

Paris, 22. Nov.—Der Oberste Rat der Friedenskonferenz hat beschlossen, Polen das Mandat über Galizien auf die Dauer von 25 Jahren unter Bestimmungen der Weisung zu übertragen. Nach Abschluss dieser Zeitperiode wird die Weisung weitere Bestimmungen treffen.

Schauspieler Bonn in München ausgespielt

Berlin, 22. Nov.—Der berühmte Schauspieler Ferdinand Bonn, (der auch in den Ver. Staaten Gastrollen gegeben hat), welcher Erz-Kaiser Wilhelm in Filmrollen sahnte und lächerlich gemacht hat, wurde, während er in einem hiesigen Theater Regitationsvorträge hielt, von seinen Zuhörern mit Gewalt von der Bühne entfernt. München ist wohl die demokratischste Stadt in Deutschland und hatte vor einiger Zeit eine bolschewistische Regierung. Die Behandlung, welche Bonn zuteil wurde, läßt einen großen Stimmungswechsel erkennen. Auch dort wurden bisher alle satyrischen und höhnischen Ausfertigungen über den Erz-Kaiser mit Befriedigung aufgenommen.

Forderung der Schanerleute bewilligt

New York, 22. Nov.—Die Tiefsee-Schauerleute entlang der Atlantischen Küste, die unlängst ihren Streik indertausen haben, erhielten von der National Adjustment Commission eine Erhöhung des Lohnes um zehn Cents die Stunde zugesprochen. Dies ergibt einen Lohn von 80 Cents die Stunde und für leiberechtigten Lohn von \$1.20. Die Erhöhung tritt am 1. Dezember in Kraft und dauert bis zum 1. Oktober 1920.

Neue Partei hält National-Konvention

Chicago, 22. Nov.—Eine neue politische Fahne, die der „nationalen Arbeiter Partei“, wird heute entfalteter werden. In dieser Partei sind fast 1,500 Delegaten der Arbeitervereine und Arbeiterverbände aus allen Teilen des Landes eingetroffen. Die neue Partei, welche hofft, in den Wahlen des Jahres 1920 eine wichtige Rolle zu spielen, wird für die Kampagne des nächsten Jahres ihre eigenen Kandidaten ins Feld stellen. Gouverneur Trager von Nord-Dakota und John Fitzpatrick, Präsident der Arbeiterverbände von Chicago, der Einberufer der Konvention, scheinen die Vorzugs-Kandidaten für die Nominierung zum Präsidenten zu sein. Unter den vorgeschlagenen Programmplänen für die Arbeiterpartei stehen die Forderung von Übernahme der natürlichen Hilfsmittel und der öffentlichen Besitztümer durch den Staat und die Beschränkung der Größe von Landbesitzungen.

„Pussyfoot“ Johnson verliert ein Auge

London, 22. Nov.—Der bekannte amerikanische Prohibitionist „Apostel“ William C. Johnson, der in London Prohibitionisten hielt, dabei aber schlecht wegkam, wird infolge der ausgestandenen Mißhandlungen ein Auge verlieren. Drei Spezialärzte haben ihn in Behandlung genommen, doch ist keine Hoffnung vorhanden, die Sehkraft des Auges zu retten.

Kein Arbeitslosenzuschuß mehr

London, 22. Nov.—Das britische Unterhaus stimmte dafür, die Arbeitslosenzuschüsse einzustellen.

Zentrumsführer Gröber gestorben

Berlin, 22. Nov.—Adolph Gröber, der früher oft genannte Führer der Zentrumspartei, wurde, während er sich mit einem Freunde unterhielt, vom Schlag getroffen, und kurze Zeit darauf verchied er.

Das 18. Amendement wird angefochten

Rhode Island und Ohio werden Entscheidung im Oberbundesgericht verlangen.

Washington, 22. Nov.—Das achtzehnte Amendement zur Verfassung der Vereinigten Staaten wird von den „Nassen“ um die Zeit seines Inkrafttretens am 16. Januar heftig angegriffen werden. Verfassungsmäßige Prohibition wird auf Leben und Tod bekämpft werden, hieß es gestern gelegentlich der Verhandlungen im Oberbundesgericht.

Den ersten Angriff wird vermutlich der Staat Rhode Island machen, der im Oberbundesgericht um Verweisung des Prohibitionsgesetzes aus dem Grunde vorstellig werden wird, daß die Legislative des Staates das Amendement nicht ratifiziert habe. Die Rechtsanwaltschaft hat dem Staatsanwalt \$5000 zur Befämpfung der Prohibition bewilligt. Vertreter der Staatsanwaltschaft mochten den letzten Verhandlungen im Oberbundesgericht bei, um für die bevorstehende Klage nützliche Winke zu erhalten. Die Klage eines Staates gegen die Vereinigten Staaten kann nur im Oberbundesgericht entfallen werden und wegen der Wichtigkeit des Falles hofft man auf schnelle Erledigung.

Die Staatsanwaltschaft von Rhode Island wird nicht nur darnach streben, den eigenen Staat zu erhalten, sondern wird versuchen, das Prohibitionsgesetz selbst, weil es eine Annäherung der Ausübung von Staatsrechten durch die Bundesregierung darstelle, umzuwerfen.

Falls die „Nassen“ des Staates Ohio in der Sache des Referendums über das Verfassungsamendement den Sieg davontragen, wird Ohio einen ähnlichen Fall vorbringen, um entscheiden zu lassen, daß ein Referendum eine vorgegangene Ratifikation durch die Legislative aufhebe.

Gegen Antifreit-Gesetzgebung. New York, 22. Nov.—„Die Antifreit-Gesetzgebung wird zu einem heftigen Protest und dem Zusammenbruch der Zivilregierung führen“, sagte Timothy Shea in einer Rede, die er gestern abend in der „Academy of Political Science“ hielt. Der Redner sprach als Präsident der „Brotherhood of Firemen and Teamsters“.

„Die Eisenbahnen in aller Teile der Privatigentümern zurückzugeben, wäre ein öffentliches Unglück“, sagte er. „Der Plumb Plan“, erklärte er weiter, „ist die wirkliche Lösung des Eisenbahn-Problems.“

Unsere Beziehungen zur Republik Mexiko

Regierung ohne amtliche Nachricht vom Fall Jenkins; erhofft günstigen Ausgang.

Washington, 22. Nov.—W. D. Jenkins, dessen Entlassung aus dem Gefängnis die Ver. Staaten am Donnerstag peremptorisch verlangten, ist, soweit die Regierung darüber unterrichtet ist, noch in Haft.

Beantworte des Staatsdepartements sind jedoch überzeugt, daß Carranza die Entlassung des Konsularagenten in Kürze verfügen wird.

Die Tatsache, daß der Bruder des mexikanischen Finanzministers Carranza Gouverneur des Staates von Pueblo ist, in dessen Staat Jenkins ergriffen wurde, mag die mexikanische Regierung zugunsten der Staatsverwaltung beeinflussen, aber man glaubt nicht, daß dieser Einfluß stark genug sein wird, die mexikanische Regierung zur Herausforderung der Ver. Staaten zu treiben. Im übrigen waren die üblichen Gerüchte von einer bewaffneten Intervention den ganzen Tag in Umlauf.

Stadt Mexiko, 22. Nov.—Einem nichtamtlichen Bericht zufolge hatte der Konsularagent Jenkins vor dem Gericht zu Pueblo ein vorläufiges Verhör wegen seiner angeblichen Teilnahme an dem Verzug, durch seine eigene Entführung Geld zu erpressen, zu bestehen. Jenkins leugnete, daß er vor seiner Entführung eine Unterhaltung mit 15 Indianern auf seiner Ranch hatte. Der Staatsrichter erklärte, daß er keine Meinung habe, Jenkins zu bestrafen, aber er müsse darauf sehen, daß „der Gerechtigkeit Genüge getan werde.“ Nach dem Verhör wurde Jenkins wieder in seine Zelle zurückgeführt. Ein offizieller Bericht über die Sache wird im Laufe des Tages erwartet.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und etwas kälter heute abend, Sonntag und Montag schön, mit mäßiger Temperatur.

Für Nebraska — Schön heute abend, etwas kälter in äußersten östlichen Teile. Sonntag und Montag schön, mit mäßiger Temperatur.

Für Iowa — Schön heute abend und etwas kälter in westlichen und zentralen Teilen. Sonntag und Montag schön, mit mäßiger Temperatur.